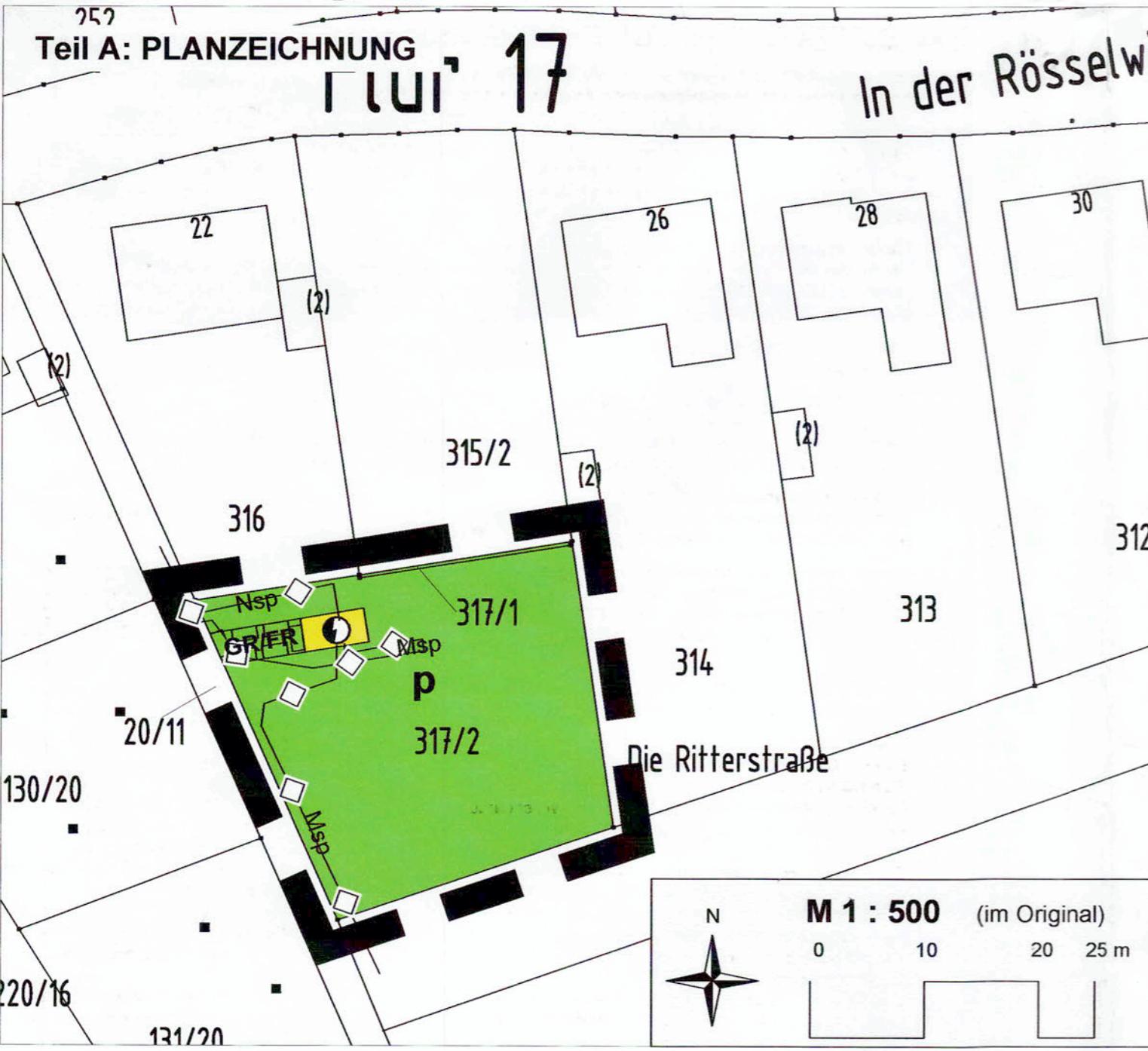


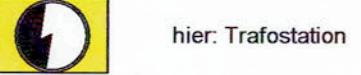
STADT PÜTTLINGEN - STADTTEIL PÜTTLINGEN

Bebauungsplan "Rösselwiese, 1. Änderung" (ehemaliger Spielplatz hinter Anwesen Nr. 22)



LEGENDE

1. Versorgungsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)

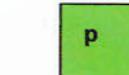


hier: Trafostation

2. Führung von Leitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

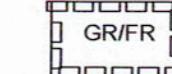
—◇— unterirdische Versorgungsleitungen,
hier: Nsp: Niederspannungs- und
Straßenbeleuchtungskabel
Msp: Mittelspannungskabel

3. Private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)



private Grünflächen

4. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)



Geh- und Fahrrecht

5. sonstige Planzeichen



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

Teil B: TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

I. FESTSETZUNGEN gem. § 9 Abs. 1 BauGB und BauNVO

1. Flächen für Versorgungsanlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB
Es wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB eine Versorgungsanlage, hier: Trafostation festgesetzt.

2. Führung ober- und unterirdischer Leitungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB

Die im Geltungsbereich befindlichen 0,4-kV-Ortsnetzkabel, Straßenbeleuchtungskabel und Mittelspannungskabel der energis-Netzgesellschaft mbH werden als unterirdische Versorgungsleitungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB nachrichtlich im Bebauungsplan gekennzeichnet.

3. Stellplätze und Nebenanlagen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB

Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO sind zulässig, auch, soweit der Bebauungsplan für sie keine besonderen Flächen festsetzt. Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 2 BauNVO sind allgemein zugelassen. Dies gilt insbesondere für fernmeldetechnische Nebenanlagen sowie für Anlagen für erneuerbare Energien.

4. Private Grünflächen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB werden private Grünflächen festgesetzt.

5. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB

Zu Wartungs- und Unterhaltungszwecken wird die Fläche im Bereich der Trafostation mit einem Geh- und Fahrrecht zugunsten des Leitungsträgers belastet. Ferner werden die nachrichtlich gekennzeichneten unterirdischen Leitungen mit einem Leitungsrecht zugunsten des Leitungsträgers belastet.

6. Grünordnerische Hinweise

Vorhandene Gehölz- und Grünstrukturen sind zu erhalten, sofern sie einen guten Gesundheitszustand aufweisen und nicht von Umgestaltungsmaßnahmen betroffen sind.

Grundsätzlich sind Rodungen gem. § 39 BNatSchG in der Zeit vom 01. März bis zum 30. September unzulässig. Sollten Rodungen/Rückschnitte, die über einen Formchnitt hinausgehen, zwischen 01. März und 30. September notwendig werden, ist durch vorherige Kontrolle sicherzustellen, dass keine besetzten Fortpflanzungs-/Ruhestätten bzw. Nester vorhanden sind. Ggf. ist eine Befreiung gem. § 67 BNatSchG zu beantragen.

II. FESTSETZUNG gem. § 9 Abs. 7 BauGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches; siehe Planzeichnung

III. HINWEISE

Es wird auf die Anzeigepflicht und das befristete Veränderungsverbot bei Bodenfunden gemäß § 12 SDschG hingewiesen.

Die energis-Netzgesellschaft mbH weist darauf hin, dass im Bereich der Mittelspannungskabel ein Schutzstreifen von 2 m (jeweils 1 m beiderseits der Leitungsachse) einzuhalten ist. Bau- und Anpflanzungsmaßnahmen im Bereich der Leitungen müssen im Einzelfall mit der energis abgestimmt werden.

Das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz ist als Untere Bodenschutzbehörde über bereits bekannte oder noch bekannt werdende Altlasten und altlastverdächtige Flächen zu informieren.

Das Landespolizeipräsidium, Direktion LPP 1, Kampfmittelbeseitigungsdienst teilt mit, dass im Plangebiet keine konkreten Hinweise auf mögliche Kampfmittel zu erkennen sind. Sollten wider Erwarten Kampfmittel gefunden werden, ist über die zuständige Polizeidienststelle der Kampfmittelbeseitigungsdienst unverzüglich zu verständigen.

Das Oberbergamt weist darauf hin, dass das Plangebiet im Bereich einer ehemaligen EisenerzkonzeSSION liegt. Bei Ausschachtungsarbeiten ist auf Anzeichen von altem Bergbau zu achten und dies ggf. mitzuteilen.

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) neugefasst durch Bekanntmachung v. 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zul. geändert durch Art. 6 des Gesetzes v. 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722)

Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung v. 23. Januar 1990 (BGBl. I, S. 132), zul. geändert durch Art. 2 des Gesetzes v. 11. Juni 2013 (BGBl. I, S. 1548)

Planzeichenverordnung (PlanzV) i.d. Fassung v. 18. Dezember 1990 (BGBl. I, S. 58), zul. geändert durch Art. 2 des Gesetzes v. 22. Juli 2011 (BGBl. I, S. 1509 (Nr. 39))

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) v. 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zul. geändert durch Art. 421 der Verordnung v. 31. August 2015 (BGBl. IS. 1474)

Wasserhaushaltsgesetz (WHG), neugefasst durch Bekanntmachung v. 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zul. geändert durch Art. 320 der Verordnung v. 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

Bundesministeriumsschutzgesetz (BmSchG), in der Fassung der Bekanntmachung v. 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zul. geändert durch Artikel 76 der Verordnung v. 31. August 2015 (BGBl. I, S. 1474)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 21.12.2015 (BGBl. S. 2490)

Bauordnung für das Saarland (LBO), Art. 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Berufsrechts v. 18. Dezember 2004 (Amtsblatt S. 2606), zul. geändert durch das Gesetz v. 15. Juli 2015 (Amtsblatt S. 632)

Saarländer Naturschutzgesetz (SNG) in der Fassung vom 05. April 2006 (Amtsblatt S. 726), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsbl. I S. 790)

Saarländer Wassergesetz (SWG) in der Fassung der Bekanntmachung v. 30. Juli 2004 (Amtsblatt S. 1994), zul. geändert durch das Gesetz v. 3. Dezember 2013 (Amtsblatt S. 2)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Saarland (SaarUVPG) in der Fassung vom 30. Oktober 2002 (Amtsblatt S. 2494), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 13. Oktober 2015 (Amtsbl. I S. 790)

Kommunal Selbstverwaltungsgesetz (KSVG) in der Neufassung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt v. 01. August 1997, S. 682), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 17. Juni 2015 (Amtsbl. I S. 376)

VERFAHRENSVERMERKE

Die Planunterlage entspricht den gesetzlichen Anforderungen der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990.

Der Rat hat in öffentlicher Sitzung vom 30.09.2015 die Aufstellung des Bebauungsplanes "Rösselwiese, 1. Änderung" (ehemaliger Spielplatz hinter Anwesen Nr. 22) im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB beschlossen. Der Beschluss ist am 21.01.2016 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung hat nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats vom 29.01.2016 bis einschließlich 29.02.2016 öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung sind am 21.01.2016 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Der Rat hat in öffentlicher Sitzung vom 16.03.2016 den Bebauungsplan nach § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Püttlingen, den 23. Mai. 2016

Stadt Püttlingen

Der Bürgermeister

Speicher

STADT PÜTTLINGEN

Der Ort, an dem der Bebauungsplan während der Dienststunden eingesehen werden kann, wurde am 25.03.16 ortsüblich bekannt gemacht. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung und der Begründung gemäß § 10 (2) BauGB in Kraft.

Püttlingen, den 26. Mai. 2016

Stadt Püttlingen

Der Bürgermeister

Speicher

STADT PÜTTLINGEN

"Rösselwiese, 1. Änderung" (ehemaliger Spielplatz hinter Anwesen Nr. 22)

BEBAUUNGSPLAN - Stadtteil Püttlingen
Planungsstand: Satzung gem. § 10 BauGB

M 1:500

Bearbeitet für die
Stadt Püttlingen
Völklingen, im März 2016